

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration am 17.02.2011

Sitzungsort: Rathaus Uhlstraße 3, Ratssaal A 014 / A 015

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 20.00 Uhr.

Vorsitz führte: Jung

Stimmer. Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. F. Immenkeppel	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Simons	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Stilz (stv. Vors.)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Dahm	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Kirf (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Merscheid (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Falkenstein (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Jung, H. (Vors.)	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Weitz	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Rader (SK)	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Niclasen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	vom Hagen, A. (SK)	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	Wehr	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	Bohlken	fw/bVb
<input checked="" type="checkbox"/>	Riedel	LINKE

Beratende Mitglieder

<input type="checkbox"/>	Keller	Obdachlosenb.
<input type="checkbox"/>	N.N.	.
<input checked="" type="checkbox"/>	Duda	Vertr. Spätaussiedler
<input checked="" type="checkbox"/>	Weidner	Init.f.Völkerverständ.

Verwaltung

<input checked="" type="checkbox"/>	Freytag
<input checked="" type="checkbox"/>	Rampe
<input type="checkbox"/>	Joswig - von Bothmer
<input checked="" type="checkbox"/>	Gérard
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	

Schriftführerin

Rempe

Gäste

<input checked="" type="checkbox"/>	Frau Pick,
<input type="checkbox"/>	Gebausie
<input checked="" type="checkbox"/>	Frau Rattay,
<input type="checkbox"/>	Brühler Strolche
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	

Stellv. stimmer. Mitglieder

<input type="checkbox"/>	Boley	CDU
<input type="checkbox"/>	Dahmen	CDU
<input type="checkbox"/>	Ehrenstein	CDU
<input type="checkbox"/>	Fischer	CDU
<input type="checkbox"/>	Gerharz	CDU
<input type="checkbox"/>	Hans	CDU
<input type="checkbox"/>	Hepp	CDU
<input type="checkbox"/>	Hosmann	CDU
<input type="checkbox"/>	Klug	CDU
<input type="checkbox"/>	Köllejan	CDU
<input type="checkbox"/>	Küster	CDU
<input type="checkbox"/>	Meeth	CDU
<input type="checkbox"/>	Pohl	CDU
<input type="checkbox"/>	Poschmann	CDU
<input type="checkbox"/>	Pütz	CDU
<input type="checkbox"/>	Rau	CDU
<input type="checkbox"/>	Vetterling	CDU
<input type="checkbox"/>	Richter	SPD
<input type="checkbox"/>	Berg	SPD
<input type="checkbox"/>	Blanke	SPD
<input type="checkbox"/>	Grafe	SPD
<input type="checkbox"/>	Jung, E.	SPD
<input type="checkbox"/>	Klein	SPD
<input type="checkbox"/>	Dr. Petran	SPD
<input type="checkbox"/>	Vilkman	SPD
<input type="checkbox"/>	Weesbach	SPD
<input type="checkbox"/>	Rashid (SK)	SPD
<input type="checkbox"/>	Eiben (SK)	SPD

<input type="checkbox"/>	Sass (SK)	Grüne
<input type="checkbox"/>	Bortlitz-Dickhoff	Grüne
<input type="checkbox"/>	vom Hagen	Grüne
<input type="checkbox"/>	Konertz	Grüne
<input type="checkbox"/>	Mäsgen	Grüne
<input type="checkbox"/>	Dr. Tieke	Grüne
<input type="checkbox"/>	Weber	Grüne

<input type="checkbox"/>	Brämer	FDP
<input type="checkbox"/>	Müller-Neimann	FDP
<input type="checkbox"/>	Pitz	FDP
<input type="checkbox"/>	Schmucker (SK)	FDP

<input type="checkbox"/>	Baule	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Mainzer	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Schmitz	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Sauer	LINKE

Stellv. beratende Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Wolf	Spätaussiedler
<input type="checkbox"/>	Saß-Blauhut	Init.f.Völkerverst.
<input checked="" type="checkbox"/>	Mörs	Obdachlosenb.
<input type="checkbox"/>	Molnar	Obdachlosenb.

Tagesordnung

TO-Pkt.	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	A) Öffentlicher Teil	3	
1	Gedenkminute für verstorbenes beratendes Mitglied, Frau Elisabeth Fahrenberger	3	
2	Vorstellung des Vereins „Brühler Strolche“ <u>hier:</u> Antrag der Grünen im Rat der Stadt Brühl vom 25.11.2010 <u>Bezug:</u> SoMiA 02.12.2010, TOP 4.1 Niederschrift	3–5	4/11
3	Miet- und Belegungsmanagement in den Wohnobjekten der Gebäusie <u>Bezug:</u> SoMiA 02.12.2010, TOP 7.1 Niederschrift	5-7	
4	Niederschrift vom 02.12.2010	8	
5	Mitteilungen	8	
5.1	Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab 01.01.2011 / 01.01.2012	8	28/10 a
5.2	Unterbringung von asylbegehrenden Ausländern, Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern <u>hier:</u> Zuweisungen und Aufnahme, Belegungsstatistik 2010	8–9	120/90 da
5.3	Besetzung der Beratungsstelle SKFM Frechen e.V., Lupinenweg, ab 01.03.2011 <u>hier:</u> Sozialdezernent Freytag	9	
5.4	Alkoholprävention im Obdachlosenbereich Lupinenweg <u>hier:</u> Sozialdezernent Freytag	9–10	
5.5	Auftaktveranstaltung „Integrationslotsen für Brühl“ am 17.03.2011 im Rahmen des Projektes KOMM-IN NRW 2010/2011 „Mehr Bildung für Brühl“ <u>hier:</u> Abteilungsleiter Rampe (32/3)	10	
6	Antrag	10	
6.1	Situation älterer Menschen in Brühl Antrag der Fraktion Die Grünen vom 24.01.2011	10-11	6/09 b 6/09 c
7	Anfragen	11	
7.1	Sachstand anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftat <u>hier:</u> Ratsherr Weitz (SPD)	11	
7.2	Hundeplatz für „Brühler Strolche“ <u>hier:</u> Ratsherr Dr. Dahm (CDU)	11–12	
	B) Nichtöffentlicher Teil	12	
8	Mitteilungen - keine -	12	
9	Anfragen - keine -	12	

A) Öffentlicher Teil

Vorsitzender Jung (SPD) begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die anwesenden Pressevertreter.

Darüber hinaus heißt er Frau Pick, Gebausie, als Referentin im Ausschuss willkommen.

Er stellt fest, dass die Einladung und die Tagesordnung rechtzeitig bei allen Mitgliedern eingegangen sind und fragt diese, ob es Ergänzungs- und Änderungswünsche zur vorliegenden Tagesordnung gibt.

Es werden keine Ergänzungs- und Änderungswünsche vorgetragen.

1. Gedenkminute für verstorbenes beratendes Mitglied Frau Elisabeth Fahrenberger

Vorsitzender Jung (SPD) bittet die Mitglieder, sich von den Stühlen zu erheben.

Er teilt in seiner Ansprache mit, dass Frau Fahrenberger am 04.01.2011 verstorben ist.

Frau Fahrenberger war seit 12.09.2005 als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für die Belange und Interessen der obdachlosen Personen im Obdachlosenbereich Lupinenweg tätig.

Darüber hinaus hat sie ehrenamtlich in der Beratungsstelle des SKFM Frechen e.V. gearbeitet. Hier hat sie sich besonders als Köchin für die Herrichtung von Mahlzeiten (Frühstück, Mittagessen) sowie für das gemeinsame Backen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Lupinenwegs verdient gemacht.

Der Ausschuss wird Frau Fahrenbergers Andenken stets in Ehren halten.

2. Vorstellung des Vereins „Brühler Strolche“ hier: Antrag der Grünen im Rat der Stadt Brühl vom 25.11.2010 Bezug: SoMiA 02.12.2010, TOP 4.1 Niederschrift Vorlagen-Nr.: 4/11

Vorsitzender Jung (SPD) begrüßt die 1. Vorsitzende des Vereins „Brühler Strolche“, Frau Rattay mit zehn weiteren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und ihre mitgebrachten Hunde.

Frau Rattay bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses für die Gelegenheit, die Arbeit des Vereins vorzustellen.

Sie berichtet, dass am 21.01.2006 von acht Gründungsmitgliedern die Gründung des Vereins „Brühler Strolche“ beschlossen wurde.

Am 16.04.2010 wurde ein Teil des Vorstandes wiedergewählt.

Die Gründung im Jahr 2006 hatte zum Ziel, kranken und behinderten Menschen in der Bewältigung des Alltags zu helfen.

Im Herbst des Jahres 2007 wurden erste Besuche des Vereins bei in Brühl ansässigen Seniorenheimen (Johannesstift, Seniorenresidenz, Dechant-Güttler-Haus) durchgeführt. Darüber hinaus gibt es auch Anfragen aus den Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen.

Die Besuche in den Heimen werden jeweils dreimal in der Woche durchgeführt. Hier haben die Hunde die Aufgabe, alten Menschen aus ihrer Lethargie, Apathie und teilweise selbst gewählten Isolation wieder herauszuhelfen.

Auch in der Sterbebegleitung werden die Hunde oftmals eingesetzt.

Da der Personenkreis der Demenzerkrankten in den Seniorheimen in den letzten Jahren angestiegen ist, finden die Hunde hier ebenfalls ein Betätigungsfeld.

Bei diesen Kontakten zwischen Mensch und Hund ist es allerdings so, dass ein kontinuierlicher Aufbau in der Kontaktabahnung und -herstellung nur schwer möglich ist, da der Situationsgrund jedes Mal ein anderer ist.

So kann es passieren, dass der Hund an einem Besuchstag angenommen wird, am anderen Tag erfährt dieser volle Ablehnung.

Die Arbeit der Hunde mit Kindern hat unter anderem zum Ziel, dass diese Verhaltensregeln neu lernen (z.B. bei Distanzwahren, Grob- und Feinmotorik schulen etc.) oder dabei helfen, individuelle schulische Probleme wie Lesefertigkeit zu fördern.

Frau Rattay sagt, dass Hunde die Seelen der Menschen öffnen. Hunde sind Ärzte, nur ohne Studium. Tiere in Einrichtungen werden von den Bewohnern immer als Highlight zum normalen Tagesablauf gesehen. Den therapeutischen Aspekt, den Tiere in Einrichtungen bewirken, ist mittlerweile auch durch wissenschaftliche Studien belegt.

Frau Rattay erwähnt weiter, dass die jeweiligen Besuchsteams (HundeführerIn / Hund) vorab sehr sorgsam ausgesucht werden. Die Tätigkeit der ehrenamtlich engagierten Betreuungshundeführer ist eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe. So werden diese Personen vom Verein dazu aufgefordert, an einem zweimal wöchentlich stattfindenden Training teilzunehmen (Hundewiese, Spaziergänge), in denen die Hunde mit wiederkehrenden Alltagsproblemen und –situationen konfrontiert werden.

Der Verein betreibt darüber hinaus eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit.

Diese besteht z.B. in der Teilnahme an der Hundemesse Brühl, Tierschutztag Brühl, Agenda-Tag Brühl. Die Vereinsmitglieder erhalten an diesen Tagen einen hohen Zuspruch seitens der Bevölkerung. So werden von Besuchern im Nachgang eigene formulierte Gedichte dem Verein überreicht, die dieser dann in Seniorenheimen vorträgt.

Der Verein richtet seine Arbeit nach den Zielen der Berliner-Stiftung „Bürgermut“ aus und nutzt dabei deren erarbeitete Technologie.

Für die Arbeit werden 15 Hunde eingesetzt. Kleine Hunde werden bei bettlägerigen Patienten, große Hunde z.B. bei Rollstuhlfahrern eingesetzt.

Die Hunde werden einer tierärztlichen Begutachtung unterzogen. Hierbei erhält der Hundebesitzer ein Gesundheitszeugnis.

Die Mitglieder des Vereins finanzieren ihre Arbeit selbst.

Seit 2006 sucht der Verein einen geeigneten Hundepark in Brühl. Bürgermeister Kreuzberg habe einen Platz in Brühl in Aussicht gestellt, der dann aber noch mit weiteren Kosten für die Zwecke des Vereins hergerichtet werden muss.

Frau Grunow, ehrenamtlich tätige Mitarbeiterin des Vereins „Brühler Strolche“, stellt das neue Projekt „Lesehunde“ vor, das in Brühl gestartet werden soll. Sie teilt mit, dass in Köln dieses Projekt im Sachkundeunterricht der Schulen bereits erfolgreich durchgeführt wird.

Frau Grunow sagt, dass 6 % bis 20 % der eingeschulten Kinder in Grundschulen eine Leseschwäche haben. Der Verein hat sich mit seinen Kindern mit dem Brühler Projekt zum Ziel gesetzt, die genannte Prozentzahl zu verändern.

Sie gibt weiter bekannt, dass Jugendlichen die Möglichkeit eröffnet wird, durch Gerichtsbeschluss erteilte Sozialstunden im Verein ableisten zu können.

Vorsitzender Jung (SPD) bedankt sich bei Frau Rattay und Frau Grunow für deren Ausführungen und bittet die Mitglieder, Fragen zu stellen.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) zeigt sich begeistert von der Arbeit des Vereins und kommt zu dem persönlichen Schluss, dass die ehrenamtliche Tätigkeit den angedachten, eigenen Rahmen sprengt. Sie fragt, wie die Arbeit evtl. professioneller durch die Mitglieder gestaltet werden kann.

Frau Rattay antwortet, dass der Verein eine finanzielle Unterstützung grundsätzlich ablehnt. Der Verein fühlt sich der Erfüllung des Ehrenamtes verpflichtet.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) will wissen, ob der Verein auch mit auffälligen Kindern arbeitet.

Frau Rattay gibt bekannt, dass der Verein sehr eng mit den Brühler Schulen kooperiert, in denen verhaltensauffällige Kinder beschult werden.

Ratsherr Stolz (CDU) sagt für seine Fraktion, dass diese die Arbeit des Vereins sehr wertschätzt.

Er zeigt dem Verein die Möglichkeit auf, dass über den Träger eines jeweiligen Heimes eine 400,00 €-Kraft beantragt und bewilligt werden könne, um damit entstehende Sachkosten zu reduzieren.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, bedankt sich Vorsitzender Jung (SPD) bei Frau Rattay und den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für die Vorstellung.

3. Miet- und Belegungsmanagement in den Wohnobjekten der Gebausie

Bezug: SoMiA 02.12.2010, TOP 7.1 Niederschrift

hier: Frau Pick, Gebausie

Vorsitzender Jung (SPD) begrüßt Frau Pick (Gebausie) und erteilt dieser das Wort.

Frau Pick bedankt sich für die Einladung und gibt bekannt, dass die Gebausie derzeit 2.163 eigene Mietwohnungen bewirtschaftet, wovon derzeit 538 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Weiterhin befinden sich zwei Wohnungsbaugenossenschaften mit insgesamt 446 Wohnungen sowie eine Wohnungseigentümergeinschaft mit 6 Wohnungen sowie 92 andere Wohneinheiten in der Verwaltung der Gebausie.

Mit Wirkung vom 01.01.2005 wurde das gesamte Gebäudemanagement der Stadt Brühl an die Gebausie zur Verwaltung übergeben. Die Gebausie betreut eine Wohnbaufläche von insgesamt 138.000 m² mit 504 Garagen und entsprechend ausgewiesenen Stellplätzen.

Die Gebausie orientiert sich bei den vorgenommenen Mieterhöhungen an der mittleren Wohnlage.

Der Mietpreis ist auch abhängig von der Wohnlage im jeweiligen Stadtgebiet.

Die Gebausie sieht sich in der steten Verpflichtung, den jeweiligen baulichen Zustand einer Wohnung durch Einleitung und Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen zu verbessern.

Eine 20 %ige Mieterhöhung sei eine gesetzlich machbare Mieterhöhung. Diese trifft besonders für Wohnungen zu, die aus der Preisbindung herausfallen.

Die Gebausie ist ein Wohnungsunternehmen, das die Mieterhöhung nicht ausreizt.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen des Rhein-Erft-Kreises hat Brühl immer noch günstige Wohnungen im Vermietungsangebot.

Im Jahr 2001 ist eine Mietrechtsreform verabschiedet worden, die es Vermietern erlaubt, eine 20 %ige Mieterhöhung vorzunehmen. Vor der Reform konnten die Vermieter eine 30 %ige Mieterhöhung festsetzen.

Beratendes Mitglied Duda (Vertreter Spätaussiedler) möchte von Frau Pick wissen, ob sich die Gebausie mit der Problematik der Mieterhöhung auseinandersetzt.

Frau Pick (Gebausie) antwortet, dass die Mieter den jeweiligen Mietspiegelverhältnissen angepasst werden müssen, um die Bewirtschaftung der Wohnungen real vornehmen zu können.

Sachkundiger Bürger Falkenstein (CDU) gibt zu bedenken, dass erhöhte Mieten nicht mehr von jeweiligen Sozialhilfeträgern übernommen werden, da sie die Angemessenheitsgrenze überschreiten. Er will wissen, wie viele Mieter prozentual von der Erhöhung betroffen sind.

Sozialdezernent Freytag schlägt vor, den Aufsichtsrat der Gebausie in die Problematik zu involvieren und darüber diskutieren zu lassen.

Er sieht durch die vorgenommenen Mieterhöhungen der Gebausie keine direkten Auswirkungen auf den privaten Wohnungsmarkt.

Die neu festgesetzten Mieten liegen nach seinen Erkenntnissen im Angemessenheitsrahmen der derzeit gültigen Sozialhilferichtlinien des Rhein-Erft-Kreises.

Fachbereichsleiter Gérard (FB 32) erklärt, dass es im Wohnungswesen verschiedene Bindungsformen gibt.

Wohnungsvermietungsgesellschaften sind angehalten, Instandhaltungen im Wohnungsbestand permanent vorzunehmen und nachgängig eine entsprechende Kostenmiete festzusetzen.

Das größte Problem, das er sieht, ist, dass Wohnungen plötzlich zu groß werden, sei es durch Tod eines Familienangehörigen oder Trennung. Die zurückgebliebenen Personen sind oftmals nicht bereit, in eine kleinere und damit preiswertere Wohnung zu ziehen.

Frau Pick (Gebausie) sagt, dass Instandhaltungsmaßnahmen Wertverbessernde Maßnahmen darstellen und somit auch umsetzbar in ein höheres Mietpreisverlangen sind.

Ratsherr Riedel (Linke) will wissen, ob ein Mieterrat bei der Gebausie installiert ist.

Frau Pick (Gebausie) antwortet, dass es in der Vergangenheit einen Mieterrat gegeben habe, dieser aber schon lange nicht mehr existiert.

Am 01.01.2011 haben 1.100 Mieter der Gebausie ein Mieterhöhungsschreiben erhalten. Sie betont, dass die Mieterhöhung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorgenommen wurde.

Ratsherr Riedel (Linke) fragt nach, wo die Erhöhung der Miete um 20 % gesetzlich verankert ist.

Frau Pick (Gebausie) sagt, dass diese im Mietgesetz verankert ist.

Ratsherr Riedel (Linke) bittet um Antwort zur Höhe des Anteils der Sozialwohnungen im Gesamtbestand der vorhandenen Wohnungen.

Frau Pick (Gebausie) antwortet, dass der Anteil ca. 12 % beträgt.

Sachkundige Bürgerin Merscheid (CDU) fragt nach dem Alter der Wohnungen, die von einer Mieterhöhung betroffen waren.

Frau Pick (Gebausie) erwidert, dass es sich um Wohnungen handelt, die in den 60iger Jahren gebaut wurden.

Ratsherr Weitz (SPD) meint, dass Frau Pick als Vertreterin der Gebausie im Ausschuss die falsche Adressatin für die Kritik der Ausschussmitglieder sei.

Er schlägt vor, dem Aufsichtsrat der Gebausie einen Auftrag zu erteilen, über die Mietsteigerungen zu diskutieren oder im Rat einen Beschluss dazu zu fassen.

Frau Pick habe die Aufgabe, in Direktive der Geschäftsleitung zu agieren. An diese sollte, seiner Meinung nach, die geäußerte Kritik transferiert werden.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt an, ob Härtefälle mit massiven, finanziellen Problemlagen in Gebausie-Wohnungen aufgetreten sind.

Frau Pick (Gebausie) antwortet, dass dies dem Personenkreis, wenn machbar, alternative Wohnungsmöglichkeiten angeboten werden.

Ratsherr Stiliz (CDU) will wissen, ob die Gebausie weitere Wohnungen baut.

Frau Pick (Gebausie) teilt mit, dass die Gebausie sich derzeit sehr stark im Stadtteil Vochem engagiert.

Hier wird eine Häuserreihe, wo keine Sanierung mehr lohnenswert erscheint, abgerissen und ein Neubau gebaut.

Sachkundiger Bürger Falkenstein (CDU) gibt zu bedenken, dass Renovierungs- und Instandhaltungskosten ein hohes Investitionsvolumen für die Gebausie bedeuten. Dies sollte man bei der Diskussion um Mieterhöhungen stets mitbetrachten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, bedankt sich Vorsitzender Jung (SPD) bei Frau Pick für die gemachten Ausführungen.

4. Niederschrift vom 02.12.2010

Vorsitzender Jung (SPD) weist darauf hin, dass er bei der Sitzung anwesend war, die entsprechende Kennzeichnung in der Niederschrift aber fehlt.

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 02.12.2010 werden keine weiteren Einwände und Bedenken erhoben.

5. Mitteilungen

5.1 Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab 01.01.2011 / 01.01.2012 **Vorlagen-Nr.: 28/10 a**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsherr Riedel (Linke) verliest eine Stellungnahme seiner Fraktion zum Optionsmodell.

Vorsitzender Jung (SPD) versucht, Ratsherrn Riedel das Wort zu entziehen, da die Stellungnahme Wahlkampfcharakter hat und nicht in eine Ausschusssitzung gehört. Zudem geht sie inhaltlich am Thema der Vorlage vorbei.

Sozialdezernent Freytag richtet sich an Ratsherrn Riedel (Linke) und sagt diesem, dass die von ihm gemachten Ausführungen nichts am Sachstand und der Situation der Jobcenter ändern können.

Die Verwaltungsvorlage ist keine einseitige Stellungnahme zugunsten der Option, in der Vorlage sei wiedergegeben, was der Kreistag im Rhein-Erft-Kreis beschlossen hat. Er verwehrt sich gegen die von Ratsherrn Riedel (Linke) gemachten Ausführungen.

Ratsherr Stilz (CDU) bittet um Auskunft zum Status der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurzeit nichts geändert habe. Werden Optionskommunen installiert, ist der zukünftige kommunale Träger, hier der Rhein-Erft-Kreis, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter der Anstellungsträger. Ansonsten wird dies ab dem 01.01.2012 die Agentur für Arbeit.

5.2 Unterbringung von asy lbegehrenden Ausländern, Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern **hier: Zuweisungen und Aufnahmen 2010, Belegungsstatistik 2010** **Vorlagen-Nr.: 120/90 da**

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) bittet um Auskunft zur Betreuung des Personenkreises, insbesondere bei der Anreise.

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass die nach Brühl zugewiesenen Personen am Janshof aussteigen und zur Verwaltung gewiesen werden.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) spricht die derzeit personelle, dünne Besetzung in der zuständigen Abteilung Soziales, die für die Betreuung des Personenkreises verantwortlich ist, an.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass durch personelle Umstrukturierung und der damit verbundenen veränderten Aufgabenstellungen in der Abteilung die Betreuung gewährleistet ist.

Darüber hinaus wurde die Initiative für Völkerverständigung kontaktiert und um Unterstützung in der Betreuung gebeten.

Ratsherr Weitz (SPD) will wissen, ob die Gebäude „Am Volkspark“ und „Burgstraße“ erhalten bleiben.

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass die Zukunft des Gebäudes „Burgstraße“ von der Planung des Belvedere-Platz abhängig ist.

Ein geplanter Abriss oder Aufgabe des Gebäudes „Am Volkspark“ ist ihm nicht bekannt.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt nach, ob die Zahl der aufzunehmenden Asylbewerber steigt.

Weiterhin will sie wissen, welche konkreten Hilfen anerkannte Asylbewerber von der Verwaltung erhalten.

Sozialdezernent Freytag sagt, dass wieder ein bundesweiter Anstieg in der Aufnahme von Asylbewerbern zu verzeichnen ist, aber weiterhin auf niedrigem Niveau erfolgt.

Eine langfristige Entwicklung zum Anstieg in der Aufnahme asylbegehrender Ausländer kann derzeit niemand abschätzen.

Abteilungsleiter Rampe (32/3) gibt bekannt, dass im Februar 2011 zwei Zuweisungen erfolgt sind.

Damit hat die Stadt Brühl eine Zuweisungsquote von 79 % erfüllt.

Es gibt momentan genügend Raum zur Unterbringung des Personenkreises.

Es finden regelmäßig Besuche durch städtische Mitarbeiter in den Unterkünften statt.

Eine eritreische Familie, die zurzeit in den Unterkünften Willy-Brandt-Straße untergebracht ist, erhält zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Wohnung in Brühl.

Abschiebungen von Familien in Brühl sind derzeit nicht bekannt.

5.3 Besetzung der Beratungsstelle SKFM Frechen e.V., Lupinenweg ab 01.03.2011 **hier: Sozialdezernent Freytag**

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass es dem SKFM Frechen e.V. gelungen ist, einen Sozialarbeiter für die Beratungsstelle Lupinenweg zu finden und einzustellen. Dieser wird ab 01.03.2011 seine Tätigkeit aufnehmen.

5.4 Alkoholprävention im Obdachlosenbereich Lupinenweg **hier: Sozialdezernent Freytag**

Sozialdezernent Freytag gibt bekannt, dass er ein gutes Gespräch mit dem Leiter des Kreisgesundheitsamtes in dieser Angelegenheit führen konnte.

Es ist geplant, die Beraterin vom Rhein-Erft-Kreis, Frau Lüttke-Glock, anzusprechen und für ein zusätzliches Beratungsangebot am Lupinenweg zu engagieren.

Ebenso sei geplant, im Lupinenweg wieder einen niedergelassenen Arzt zu installieren.

Für die genannten Aufgabenstellungen werden finanzielle Mittel in den Haushalt 2011 eingestellt.

Der Ausschuss erhält dazu in der nächsten Sitzung eine Verwaltungsvorlage.

5.5 Auftaktveranstaltung „Integrationslotsen für Brühl“ am 17.03.2011 im Rahmen des Projektes KOMM-IN NRW 2010/2011 „Mehr Bildung für Brühl“ hier: Abteilungsleiter Rampe (32/3)

Abteilungsleiter Rampe (32/3) teilt mit, dass im Rahmen des Projektes KOMM-IN NRW 2010/2011 „Mehr Bildung für Brühl“ am 17.03.2011 eine Auftaktveranstaltung „Integrationslotsen für Brühl“ im Rathaus A, Uhlstraße 3, Ratssaal, stattfindet. Zugleich verteilt er an die Mitglieder Flyer zur Tätigkeit des Integrationslotsen und bittet darum, für das Engagement als Integrationslotse zu werben.

6. Antrag

6.1 Situation älterer Menschen in Brühl
Antrag der Fraktion Die Grünen vom 24.01.2011
Vorlagen-Nr.: 6/09 b+c

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass die Verwaltung keine Notwendigkeit sieht, einen Bericht über die im Antrag angegebenen Themenschwerpunkte zu erstellen, da diese in verschiedenen Dokumentationen des Rhein-Erft-Kreises bereits aufgearbeitet wurden. Aufgrund dieses Sachverhaltes sei die verfasste Vorlage die Antwort der Verwaltung auf den Antrag der Fraktion „Die Grünen“.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) erwidert, dass der Antrag ihre Fraktion anders zu verstehen ist. Intension des Antrages sei, die konkrete Lebenssituation älterer Menschen in Brühl in einem ausgewählten Stadtteil durch Befragung zu erfahren. In der Stadt Hürth sei diese Befragung durchgeführt worden und es wurden im Ergebnis von den Betroffenen viele Defizite in Stadtteilen von Hürth aufgezeigt. Sie hält eine solche Stadtteilbefragung für Brühl ebenso sinnvoll.

Ratsherr Dr. Dahm (CDU) teilt mit, dass es in Brühl Seniorenkreise gibt, die diese Befragung durchführen könnten.

Vorsitzender Jung (SPD) antwortet, dass diese Befragung professionell durch Mitarbeiter der Verwaltung durchgeführt werden muss.

Fachbereichsleiter Gérard (FB 32) erinnert daran, dass er acht Jahre im Beschwerdemanagement der Verwaltung gearbeitet hat. Über das eingerichtete Bürgertelefon konnten viele Angelegenheiten und Anregungen Brühler Bürgerinnen und Bürger sehr schnell bearbeitet und erledigt werden.

Ratsherr Stilz (CDU) findet den Vorschlag, die Befragung in einem Stadtteil durchzuführen, sehr interessant.

Ratsherr Riedel (Linke) sagt für seine Fraktion Unterstützung zu.

Ratsherr Weitz (SPD) ist ebenfalls dafür, den Antrag zu unterstützen.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) meint, dass den Betroffenen das Gefühl gegeben werden muss, ernst genommen zu werden.

Die Verwaltung muss als Dienstleister mehr in den Fokus der Brühler geraten.

Sachkundiger Bürger Falkenstein (CDU) sagt, dass das Beschwerdemanagement nicht in den Köpfen der Brühler Bürgerinnen und Bürger verankert ist.

Vorsitzender Jung (SPD) meint, dass das persönliche Gespräch mit dem Bürger wichtig ist.

Sachkundiger Bürger Kirf (CDU) schlägt vor, die Befragung im Stadtteil Voche m vorzunehmen.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) sagt für seine Fraktion zu, die Initiative der Fraktion Die Grünen zu unterstützen.

Das Beschwerdemanagement sei schön und gut. Es macht sich aber niemand Gedanken darüber, wie fern für Brühler Bürgerinnen und Bürger manchmal Politik und Verwaltung sind.

Sozialdezernent Freytag schlägt vor, die AG „Träger der Altenarbeit“ als Plattform zu nutzen.

Vorsitzender Jung (SPD) meint, im Stadtteil Pingsdorf die Befragung zu beginnen. Dann sollte geschaut werden, was zur Auswertung gelangt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis und beschließt, in einem ausgesuchten Brühler Stadtteil eine Befragung älterer Menschen zur konkreten Lebenssituation vor Ort vorzunehmen.

- einstimmig –

7. Anfragen

7.1 Sachstand anonyme Spurensicherung nach Sexualstraftat **hier: Ratsherr Weitz (SPD)**

Ratsherr Weitz (SPD) möchte wissen, ob die Verwaltung Rhein-Erft-Kreis in der Angelegenheit tätig geworden ist.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass kein neuer Sachstand darüber bekannt ist.

7.2 Hundeplatz für „Brühler Strolche“ **hier: Ratsherr Dr. Dahm (CDU)**

Ratsherr Dr. Dahm (CDU) fragt nach dem Standort des von der Stadt zur Verfügung gestellten Platzes.

Sozialdezernent Freytag sagt Beantwortung in der Niederschrift zu.

Anmerkung der Schriftführerin:

Der Hundeplatz befindet sich in Brühl-Heide, Höhenweg.
Es handelt sich hier um einen ehemaligen Reitplatz.

Nachdem keine weiteren Anfragen mehr erfolgen, schließt Vorsitzender Jung (SPD) den öffentlichen Teil der Sitzung.
